



Aktualisierte und erweiterte Fassung!

Daten und Fakten

**Die NRW-Linkspartei –
extremistisch und verfassungsfeindlich**

Informationen zur Linkspartei aus dem aktuellen Verfassungsschutzbericht 2008 für das Land Nordrhein-Westfalen

Im aktuellen **Verfassungsschutzbericht für 2008** wird der Linkspartei ein eigenes Kapitel gewidmet (<http://www.im.nrw.de/sch/doks/vs/aktuell.pdf>). Darin wird darauf verwiesen, dass es bei der Linkspartei eine „**Vielzahl von Anhaltspunkten (für) den Verdacht (..) extremistischer Bestrebungen**“ (*Verfassungsschutzbericht 2008*, S. 26) gäbe.

1. Die Linkspartei will den Systemwechsel

Zitate von und über die Linkspartei:

„Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – wir stellen die Systemfrage.“ (*Lothar Bisky: „Wir sind gekommen, um zu bleiben“, Rede vom 13.6.2007 auf <http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/index.htm> (23.12.2008), (zitiert nach Verfassungsschutzbericht 2008, S. 18).*

Auch in der Linkspartei in Nordrhein-Westfalen wird die Systemfrage gestellt. Der Verfassungsschutzbericht führt dazu aus:

„In den ‚Positionen zur Landespolitik‘ der nordrhein-westfälischen Linken ist ebenfalls von einem notwendigen ‚Systemwechsel‘ die Rede (S.8) (..). Man sei sich ‚bewusst‘, dass nur eine umfassende gesellschaftliche Umgestaltung die Vorherrschaft der Kapitalverwertung überwinden‘ werde (S.14).“ (*Verfassungsschutzbericht 2008, S. 18).* (http://www.dielinke-nrw.de/fileadmin/kundendaten/www.dielinkenrw.de/dokumentenarchiv/Linke_nrw_Positione_n.pdf (23.12.2008))

Das bedeutet:

Die Linkspartei will unsere Demokratie abschaffen und durch einen Sozialismus ersetzen. Die bestehende Demokratie wird dazu missbraucht, einen Systemwechsel zu erreichen.

2. Die Linkspartei ist extremistisch

Im Verfassungsschutzbericht heißt es: **„Mit Beschluss des Parteivorstandes vom 28. Januar 2008 wurden 19 bundesweite Zusammenschlüsse innerhalb der Partei anerkannt, zum Ende des Jahre 2008 waren es 22. Darunter sind – wie schon in der PDS – orthodox geprägte Gruppen wie die 'Kommunistische Plattform' (KPF). Weitere Zusammenschlüsse, bei denen Anhaltspunkte für den Verdacht extremistischer Bestrebungen bestehen, sind der 'Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog' (GD/SD), die 'Sozialistische Linke' (SL) und die 'AG Cuba Sí beim Parteivorstand'.“**

(Verfassungsschutzbericht 2008, S. 20).

Sahra Wagenknecht, Mitglied des Europäischen Parlaments und Bundestagskandidatin der Linken in Nordrhein-Westfalen ist Vorsitzende der Kommunistischen Plattform (KPF). Dazu führt der Verfassungsbericht aus: **„Die eindeutig extremistischen Positionen der KPF sind offensichtlich (..)“** *(Verfassungsschutzbericht 2008, S. 21)*

Der Verfassungsschutz NRW berichtet außerdem über Kontakte zu extremistischen Bestrebungen außerhalb der Partei, z.B. zur Deutschen Kommunistischen Partei (DKP). Ulla Jelpke, Bundestagsabgeordnete und Bundestagskandidatin der Linkspartei in Nordrhein-Westfalen fordert die Zusammenarbeit mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP): **„Ich möchte mich daher an dieser Stelle dafür aussprechen, dass die Partei DIE LINKE auf allen Ebenen ihre Bündnisse mit der DKP, anderen sozialistischen und kommunistischen Vereinigungen und insbesondere den außerparlamentarischen Bewegungen ausbaut statt aufkündigt.“** *(zitiert nach: Verfassungsschutzbericht 2008, S. 23).*

„Die Vertreter radikaler Strömungen üben einen zunehmend verhängnisvollen Einfluss auf die Gesamtpartei aus und schwächen unsere Chancen bei der Bundestagswahl“, so der Duisburger Bundestagsabgeordnete der Linkspartei Hüseyin Aydin *(zitiert nach Kölner Stadt-Anzeiger, Montag, den 6. April 2009).*

Das bedeutet:

Die Linkspartei ist durch die Anerkennung von extremistischen Zusammenschlüssen als Teil ihrer Partei selbst eine extremistische Partei. Sie arbeitet auch außerhalb ihrer eigenen

Partei mit extremistischen Gruppen zusammen. Damit steht die Linkspartei nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und arbeitet aktiv an der Einführung eines anti-demokratischen Systems.

3. Schlussfolgerungen des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen

Die Schlussfolgerungen im Verfassungsschutzbericht 2008 des Landes Nordrhein-Westfalen sind eindeutig (*Verfassungsschutzbericht 2008, S. 26f*):

„Bei einem Abgleich des unveränderlichen Inhalts der freiheitlichen demokratischen Grundordnung mit den Aktivitäten und inhaltlichen Aussagen von Repräsentanten der Partei 'DIE LINKE.' (..) ergeben sich eine Vielzahl von Anhaltspunkten, die zumindest den Verdacht einer extremistischen Bestrebung mit dem Ziel der Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung begründen (..)

Bevor diese Widersprüche und Fragen nicht geklärt sind, kann die Partei 'DIE LINKE.' nicht schlicht als eine linke Partei innerhalb des demokratischen Verfassungsbogens gesehen werden, da bei ihr weiterhin von einem rein instrumentellen Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung ausgegangen werden muss.“

Hintergrundinformationen zu ausgewählten Kandidatinnen der Linkspartei für die Bundestagswahl 2009

1. Sahra Wagenknecht (Platz 5 der Landesliste zur Bundestagswahl)

Sprecherin der Kommunistischen Plattform und "links-Außen" der Linkspartei, verteidigt den Stalinismus. Die Kommunistische Plattform unterhält Kontakte zur DKP und anderen linksextremistischen Verbindungen. Sie gibt die *Mitteilungen der Kommunistischen Plattform* heraus. In ihnen publiziert u.a. auch Egon Krenz. In einem auch von Lothar Bisky 2004 unterzeichneten Aufruf der Kommunistischen Plattform wird dem KPD-Vorsitzenden Thälmann gehuldigt, der 1923 für den Hamburger Kommunistaufstand gegen die Weimarer Republik verantwortlich war. Zitat:

"Würdigen wir Thälmann, dessen Name von Antifaschisten und Kriegsgegnern in vielen Ländern mit Achtung und Ehrfurcht ausgesprochen wird, der Symbol im Kampf gegen Faschismus und Krieg und die Grundtorheit der Menschheit, den Antikommunismus, ist. Vergessen wir nie die unbestreitbaren Verdienste Thälmanns für die Menschheit und die Menschlichkeit, seinen Kampf, seine Unbeugsamkeit und sein Opfer dafür."

<http://library.fes.de/pd/sozialisten.de/kp/2004/20611.htm>

Zitate von und über Sahra Wagenknecht:

- Die DDR war **"das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer Geschichte bisher geschaffen haben."** Erich Honecker gebührt deshalb **"unser bleibender Respekt"**. (in: *"Kungelkurs und Widerstand"*, *Konkret* 7/94, S. 44f., hier S. 44)
- Der Mauerbau war eine Maßnahme **„zur Grenzbefestigung [...], die dem lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende setzte"**. (in: *"Kungelkurs und Widerstand"*, *Konkret* 7/94, S. 44f., hier S. 44)
- **"Sie war jedenfalls nicht undemokratischer."** (auf die Frage, ob die DDR demokratischer als die Bundesrepublik gewesen sei, *Welt online*, 17. Juni 2001)

- **Ich halte "... den Begriff Diktatur für die DDR nicht für angemessen".** (*Spiegel online, 19. Mai 2008*)
- **"... was immer man - berechtigt oder unberechtigt - gegen die Stalin-Zeit vorbringen mag, ihre Ergebnisse waren jedenfalls nicht Niedergang und Verwesung, sondern die Entwicklung eines um Jahrhunderte zurückgebliebenen Landes in eine moderne Großmacht während eines weltgeschichtlich einzigartigen Zeitraums".** (*Marxismus und Opportunismus. Kämpfe in der sozialistischen Arbeiterbewegung gestern und heute, Weißenseer Blätter, Nr.4./1992, S. 12-26, hier S. 13.*)
- **"Ich würde es begrüßen, wenn Sahra Wagenknecht im Bundestag vertreten wäre, weil sie für dezidiert sozialistische Positionen steht".** (*Wolfgang Zimmermann, Sprecher NRW-Linke, Spiegel online, 19. Mai 2008*).

2. Ulla Jelpke (Platz 2 der Landesliste zur Bundestagswahl)

Sie gehört wie Wagenknecht zum Links-Außen-Flügel der Linkspartei. 1971 gehörte sie zu den Mitbegründern des Kommunistischen Bundes (KB), dessen Leitungsgremium sie 1982 angehörte. Später engagierte sie sich bei den Hamburger Grünen, für die sie zwischen 1982 und 1989 fast ununterbrochen in der Bürgerschaft saß. 1989 verließ sie die Grünen und wechselte zur PDS, für die Jelpke 1990/94/98 und 2005 in den Bundestag rückte.

Jelpke ist innen- und rechtspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion und will den Verfassungsschutz abschaffen. Im Bundestag sprach sie von einer "geheim ermittelnden Staatspolizei".

Zitate Jelpke:

- **"Ich würde sagen, dass es auf Kuba vor allem Menschenrechte gibt, die eingehalten werden."** (*auf die Frage, ob es dort Menschenrechtsverletzungen gebe, Kontraste, 23.3.2006*)
- **"Ja, aber ich finde das jetzt eine kleinkarierte Diskussion."** (*auf den anschließenden Hinweis, dass es in Kuba keine Meinungs- und Pressefreiheit, sondern politische Gefangene gebe, Kontraste, 23.3.2006*)

Im Nahost-Konflikt nimmt Jelpke eine klare Anti-Israel-Haltung ein. Dem BT-Antrag auf Solidarität mit Israel von Ende 2008 stimmte sie (zusammen mit Sevim Dagdelen u.a.) nicht zu. http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=1023

3. Sevim Dagdelen (Platz 7 der Landesliste zur Bundestagswahl)

Die BT-Abgeordnete ist Mitglied der verfassungsfeindlichen "Roten Hilfe". (*Hubertus Knabe, Honeckers Erben. Die Wahrheit über die Linke, Berlin 2009, S. 353*). Die Rote Hilfe erklärte sich u.a. solidarisch mit den RAF-Terroristen.

4. Ulla Lötzer (Platz 1 der Landesliste zur Bundestagswahl)

Die frühere linksextremistische Organisation "Linksruck" (LR) rief im Februar 2005 dazu auf, die WASG zu unterwandern. Mit dem Beitritt der WASG zur umbenannten SED wurde auch die LR in die Linkspartei gespült. Dort heißt sie seither "marx21". 2007 verständigten sich die trotzkistischen Kader von "marx21" darauf, dem innerparteilichen Zusammenschluss "Sozialistische Linke" (SL) beizutreten. Im zehnköpfigen Bundessprecherrat der SL sitzt Ulla Lötzer. (http://www.sozialistische-linke.de/cms/front_content.php?idcat=96)

5. Paul Schäfer (Platz 4 der Landesliste zur Bundestagswahl)

Schäfer war von 1970-1988 Mitglied der DKP und von 2003-2007 PDS-Vorsitzender in NRW.

Originalzitate aus einem Strategiepapier des Landesvorstandes der NRW-Linken vom 6. Dezember 2008

1. Die Linke will die Krise verschärfen, unsere Demokratie abschaffen und Druck von der Straße aufbauen

Zitate aus dem Strategiepapier:

„(..) die politische Legitimationskrise ist noch keine Krise der kapitalistischen Klassenherrschaft. Wir müssen die erstere vertiefen, dass sie zur letzteren wird.“

„DIE LINKE muss die Legitimationskrise der herrschenden Politik durch die Entwicklung einer eigenen neuen Politik, für die es sich zu kämpfen lohnt, nutzen.“

„Unter den herrschenden Sachzwängen ist die Umsetzung linker Politik nicht möglich! Unsere BündnispartnerInnen sitzen nicht in den anderen Fraktionen der Rathäuser, sondern stehen hoffentlich bald in Massen davor, um ihre Rechte einzuklagen und Druck aufzubauen.“

Das bedeutet:

Die Linke in Nordrhein-Westfalen verfolgt die Abschaffung unserer Demokratie. Sie will die Soziale Marktwirtschaft beseitigen. Sie hat null Interesse an der Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, sondern hofft sogar auf mehr Arbeitslose und mehr Unternehmenspleiten, um ihre Interessen durchsetzen zu können.

2. Die Linke will Leistungsträger bestrafen, das Eigentum abschaffen und die „reiche Klasse“ besiegen

Zitate aus dem Strategiepapier:

„Wir wollen die reiche Klasse ökonomisch und ideologisch schwächen, um sie politisch zu besiegen.“

„(..) wir müssen vor dem Hintergrund der Finanzkrise und der beginnenden Rezession die Eigentumsfrage stellen (..).“

Das bedeutet:

Die Leistungsträger in unserer Gesellschaft sollen bestraft und um die eigenen Erfolge betrogen werden. Am Ende soll dann die Abschaffung des Eigentums, der Freiheit und unserer Demokratie stehen.

3. Die Linke will die Mitte unserer Gesellschaft durch die politischen Ränder „neutralisieren“ und eine Radikalisierung der Politik

Zitate aus dem Strategiepapier:

„Die politische und soziale „Mitte“ kann nur durch eine Politisierung der Ränder neutralisiert bzw. zur Unterstützung der politischen Anliegen der Ränder gewonnen werden.“

„Wahlen werden nicht in der „Mitte“ gewonnen. In der Mitte werden Wahlen verloren, zuerst durch inhaltliche Unkenntlichkeit, dann durch Stimmenverluste.“

Das bedeutet:

Die Mittelschicht und die Leistungsträger unserer Gesellschaft sollen „neutralisiert“ werden, indem die politischen Ränder und extremistische Positionen vertreten werden. Damit soll dann die Mitte mundtot gemacht werden. Das ist nicht anderes als politischer Extremismus.

4. Die Linke verhöhnt die SPD

Zitate aus dem Strategiepapier:

„DIE LINKE hat die Kraft zu einer einzigen bedeutsamen Initiative: sie kann und muss der SPD deutlich machen und anbieten, dass mit ihr eine rechte Regierung abgewählt werden kann. Mehr nicht.“

„Parteien, die um unsere Unterstützung werben, sollen zeigen, dass sie zu einem wirklichen Politikwechsel bereit sind. Soll sich die SPD die realen Mehrheiten für jede einzelne Maßnahme, einschließlich ihrer Haushalte, doch da holen, wo sie meint, sie zu bekommen.“

„Mit der LINKEN gibt es nur Zustimmung zu Positionen und Maßnahmen, die klar LINKS sind. Und wenn die SPD dies nicht will, trägt sie allein die Verantwortung für die Folgen.“

„SPD und Grüne sind vollständig in die Verwaltung, Lobpreisung und gegebenenfalls Sanierung der kapitalistischen Marktwirtschaft eingebunden und sie wollen auch nichts anderes.“

Das bedeutet:

Nach der Landtagswahl 2010 bietet die Linke zwar an, die schwarz-gelbe Regierung abzuwählen – mehr aber nicht. Wenn die SPD regieren möchte, so werden die Linken dann für jede einzelne Entscheidung prüfen, ob sie mitmachen oder nicht. Damit kann die SPD keine stabile Regierungsmehrheit organisieren und macht sich von den Linken völlig abhängig. Während die SPD noch von einer rot-roten Option in Nordrhein-Westfalen träumt, hat die Linke die SPD schon längst als Gegner ausgemacht, der bekämpft werden muss. Und mit diesen Leuten will die SPD mit Frau Kraft gemeinsame Sache machen.

5. Die Linke verspottet ihre eigenen Wähler

Zitate aus dem Strategiepapier:

„Wir müssen allerdings davon ausgehen, dass die LINKE heute bei einer Vielzahl der WählerInnen und SympatisantInnen mehr politischen Zuspruch durch die Ablehnung der konkreten Politik aller anderen Parteien, also durch eine sich hartnäckig festsetzende Legitimationskrise des politischen Personals des Kapitals, als durch selbständig und bewusst entwickelte Verankerung LINKER Inhalte in den Köpfen und Herzen der Menschen, erreicht.“

Das bedeutet:

Für die Linkspartei sind die Wähler nur Mittel zum Zweck. Die Verankerung linker Inhalte kann nicht demokratisch erfolgen, weil die Menschen diese Inhalte nicht wollen. Sie wird deshalb andere Wege gehen, um ihre linken Inhalte in die Köpfe der Menschen zu bringen.

Quelle:

Beschluss Nr.: X-1: „Vor den Wahlen 2009/10 – Zur Strategie der LINKEN in NRW“ (1. Landesvorstandssitzung am 6.12.08 in Düsseldorf)